

EUROPÄISCHE SCHRIFTEN

HERAUSGEBER:
EUROPAGRUPPE GRÜNE



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

AUSGABE I (2013)

Jugendgarantie: Perspektive schaffen für die nächste Generation

Reinhard Bütikofer und Elisabeth Schroedter

Erasmus: Balance am finanziellen Abgrund

Rebecca Harms und Helga Trüpel

Ich möchte Teil einer europäischen Jugendbewegung sein!

Terry Reintke, Jan Philipp Albrecht, Ska Keller

Jugendgarantie: Perspektive schaffen für die nächste Generation

Reinhard Bütikofer und Elisabeth Schroedter

Liebe Leserin, lieber Leser,

herzlich willkommen! Sie blättern durch die erste Ausgabe der *Europäischen Schriften*, die zukünftig als Reihe der Europagruppe GRÜNE herausgegeben wird. Jede Ausgabe der Europäischen Schriften widmet sich einem aktuellen europapolitischen Thema, diese **der europäischen Jugendpolitik**.

Aktuell liegt die Arbeitslosenrate von Jugendlichen in der Europäischen Union bei knapp 23 Prozent. Fast ein Viertel der Jugendlichen muss also tatenlos zu Hause sitzen. Dabei gab es noch nie eine besser ausgebildete Generation.

Was tut die EU, um dieses Problem anzugehen? Der erste Beitrag dieser Schriften blickt kritisch auf den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Jugendgarantie. Kann sie den europäischen Jugendlichen zu mehr Beschäftigung verhelfen?

EU-weit sind mehr als zwei Millionen Stellen unbesetzt. Die Förderung der europäischen Mobilität könnte eine Antwort auf die Jugendarbeitslosigkeit liefern, urteilt der zweite Artikel dieser Schriften. Warum treiben also die Mitgliedsstaaten der EU das Studierenden-Austauschprogramm „Erasmus“ in die finanzielle Misere?

„Die Jugend ist nicht nur Europas Zukunft - sie ist Gegenwart“ konstatiert der dritte Beitrag und fordert grundlegende Strukturreformen, um die Jugend Europas stärker in die politischen Prozesse der Europäischen Union einzubeziehen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Herzlich,



Reinhard Bütikofer

Sprecher der Europagruppe GRÜNE im Europäischen Parlament

7,5 Millionen junge Menschen unter 25 sind derzeit in der Europäische Union ohne Arbeitsplatz, Ausbildung oder Training. Die Beschäftigungsrate von jungen Menschen ist 2011 so tief gefallen wie nie zuvor; nämlich auf 33,6%. Knapp ein Drittel der unter 24-jährigen in der EU lebt in Armut und sozialer Ausgrenzung!¹ Der Europäische Rat, in dem die Staats- und RegierungschefInnen zusammen kommen, hat in großen Worten Jugendarbeitslosigkeit als eines der größten Probleme der Krise bezeichnet. Selbst wenn Deutschland sich als einer der Mitgliedstaaten mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit preist, ist auch bei uns die Arbeitslosigkeit der unter 20-jährigen doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenrate.

Das Problem Jugendarbeitslosigkeit hat mindestens so viele Facetten wie die EU Mitgliedsstaaten: Da ist das Problem, dass Einsteiger auf dem Arbeitsmarkt in der Krise die ersten sind, die ihren Job verlieren, und die letzten, die einen neuen Job angeboten bekommen; die „Generation Praktikum“ - dass Jugendliche viele Praktika hintereinander machen, aber trotzdem keinen Job bekommen; das Problem, dass immer weniger Unternehmen bereit sind, junge Menschen im berufsbegleitenden Studium auszubilden; und die immer noch viel zu hohe Schulabbrecherquote. Auf all diese besonderen Situationen müssen Antworten gefunden werden, manche länderspezifisch, manche länderübergreifend. Doch ein Problem haben alle gemeinsam: Je länger Menschen und junge Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, umso schwieriger wird die Reintegration. Je länger Menschen untätig sind, umso größer werden die negativen Auswirkungen dieser Untätigkeit für sie individuell und für die Gesamtgesellschaft. Aus finanziellen, aus moralischen und aus demographischen Gründen können wir uns 7,5 Millionen junge Menschen ohne Beschäftigung nicht leisten.

Um einen Teil der beschriebenen Probleme anzugehen, haben die Grünen im Europäischen Parlament den Vorschlag eingebracht, eine Jugendgarantie einzuführen. Mit dem Beschluss zu einer solchen Jugendgarantie haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, im Rahmen ihrer Gesetze und Arbeitsmarktmaßnahmen dafür zu sorgen, die Zeiten der Nichtaktivität für Jugendliche unter vier Monate zu halten. Innerhalb von vier Monaten sollen Menschen unter 25 Jahren einen Arbeitsplatz oder eine Aus- oder Weiterbildung bekommen. Diese Verpflichtung wird auf EU-Ebene im Rahmen des Europäischen Semesters kontrolliert werden, damit die Jugendlichen sich darauf verlassen können.

Die Jugendgarantie wurde zum ersten Mal in den 80er Jahren in Schweden eingeführt. Seit dem haben nicht nur Schweden, Dänemark und Finnland gute Erfahrungen mit dem Konzept gemacht. Auch in Österreich gibt es seit 2008 erste Erfolge mit einer Ausbildungs-garantie für unter 18-jährige und einer Arbeits- und Ausbildungs-garantie für Menschen zwischen 19 und 24.

Die Europäische Kommission hat den Vorschlag der Grünen aufgegriffen und im Dezember 2012 als Teil ihres Pakets zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU den Vorschlag für eine EU-weite Jugendgarantie veröffentlicht. Das ist einerseits gut, weil es dem Thema Gewicht gibt. Andererseits darf sich die Kommission nicht mit einer Jugendgarantie brüsten, deren Erfüllung an den Mitgliedsstaaten hängt. Sie sind es, die nun den Worten Taten folgen lassen und Initiativen und Reformen auf den Weg bringen müssen, um die Arbeitsmarktsituation junger Menschen in der EU entscheidend zu verbessern.

Die Mitgliedsstaaten müssen natürlich Maßnahmen ergreifen, die der nationalen Situation entsprechen. Jugendpolitik bleibt Kompetenz der Mitgliedsstaaten.

¹ 2010: 29,1% (Zahlen von Eurostat).

Jedes Land muss selbst beschließen, welche Maßnahmen im Rahmen der Jugendgarantie geeignet sind, um Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Für Deutschland wird es unter anderem entscheidend sein, Strategien zu entwickeln, um die Schulabbrecherquote zu verringern und Bildungschancen für alle zu verbessern. Die Anzahl der jungen Leute, die die Sekundarstufe II abschließen, lag 2009 in Deutschland bei nur 73,7% und damit weit unter dem vereinbarten Wert von 85% und dem EU-Durchschnitt von 78,6%. Die Schulabbrecherquote ist zwischen 2009 und 2012 von 11,1% auf 11,9% gestiegen statt gesunken. Deutschland hatte sich in der EU-2020-Strategie dazu verpflichtet, die Schulabbrecherquote bis 2020 auf 10% zu reduzieren.

Eine wichtige Ergänzung zur Jugendgarantie stellt der Kommissionsvorschlag für einen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika dar, den die Kommission in ihrem Paket zu Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet hat. Der Qualitätsrahmen soll sicherstellen, dass junge Menschen leichter von der Ausbildung ins Erwerbsleben einsteigen können und unter guten Bedingungen und mit Perspektive wertvolle Arbeitserfahrungen sammeln können.

Von EU-Seite sollten die Anstrengungen der Mitgliedsstaaten unterstützt werden. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist dazu ein wichtiges Finanzinstrument.

Reinhard Bütikofer ist Sprecher der Europagruppe GRÜNE.

Elisabeth Schroedter ist stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses (EMPL).



Reinhard Bütikofer MdEP

reinhard.buetikofer@ep.europa.eu
www.reinhardbuetikofer.eu
twitter @bueti / FB: r.bueti



Elisabeth Schroedter MdEP

elisabeth.schroedter@ep.europa.eu
www.elisabeth-schroedter.de
twitter @elisabe4h / FB: elisabeth.schroedter

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung haben die Mitgliedstaaten beschlossen drei Milliarden Euro aus den Strukturfonds in einen Sonderfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für die EU-Mitgliedstaaten, die eine Jugendarbeitslosigkeit von über 25% haben, zu geben. Dieser Sonderfonds soll in diesen Staaten ESF-Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die in der Höhe von ebenfalls drei Milliarden zweckgebunden werden, finanziell verdoppeln. Insgesamt stehen also sechs Milliarden für die Jugendgarantie von EU-Seite zur Verfügung. Die jedes Jahr im Rahmen des Europäischen Semesters von der Kommission ausgesprochenen länderspezifische Empfehlungen sollten die Einhaltung der Jugendgarantie überprüfen und die Mitgliedsstaaten antreiben, die zu wenig tun. Die Mitgliedsstaaten müssen zeigen, dass es ihnen ernst ist mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Uns Grünen war und ist es wichtig, dass sich die EU im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit engagiert. Wenn die Jugendgarantie auf nationaler Ebene umgesetzt wird, wollen wir zugleich dafür eintreten, dass Jugendliche sich für ihre eigenen Interessen engagieren, sich europaweit vernetzen und für die Zukunft Europas mobilisieren.

Erasmus: Balance am finanziellen Abgrund

Helga Trüpel und Rebecca Harms

Kaum ein anderes EU-Programm verkörpert die Idee der europäischen Einigung auf so eindrückliche Weise wie das Studierenden-Austauschprogramm Erasmus. Das Flaggschiff der Europäischen Union balanciert allerdings am finanziellen Abgrund. Wegen der Versäumnisse der Mitgliedsstaaten steht das Programm 2013 erneut vor der finanziellen Misere. Statt die mitgliedstaatlich zugesagten Finanzmitteln bereitzustellen, statt einer stärkeren Ausweitung des Austauschprogramms auch auf nicht-akademische Ausbildungswege, droht ein Rückbau, der das bislang Erreichte in Frage stellt. Angesichts der Krise und der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa sind dies fatale Entwicklungen.

Rund drei Millionen Studierenden, aber auch Lehrenden, verhalf das weltweit erfolgreichste Austauschprogramm seit seiner Einführung 1987 zum Sprung ins Ausland. Allein 2011/12 waren es rund 250.000 junge Menschen. Von der „Generation Erasmus“ ist zuweilen die Rede, wenn man von den zahlreichen Studierenden spricht, die ihre Heimatuniversitäten verließen, um eine fremde Sprache und Kultur zu erlernen und gleichzeitig ihre Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Längst nutzen viele die Förderung auch, um Praktika in ausländischen Unternehmen zu machen. Mit dem Titel „Generation Erasmus“ verbindet sich auch die wohl begründete Hoffnung, dass die Studierenden verändert in ihre Heimat zurückkehren, dass sie ihre Identität um ein europäisches Element ausgebaut haben und von den Möglichkeiten begeistert sind, die ihnen die europäische Einigung eröffnet.

Für 2013 sieht es so aus, als müsste die Erfolgsgeschichte Erasmus um ein unerfreuliches Kapitel erweitert werden. Bereits im vergangenen Jahr sorgte der Finanznotstand bei Erasmus für Schlagzeilen und ver-

ursachte eine Welle des Protests aus Studierendenverbänden und Hochschulen, aber auch aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft. Rund 90 Millionen Euro fehlten 2012 im Budget und erst im Rahmen eines mühsam verhandelten Nachtragshaushalts konnten auch beim Erasmus-Programm die Finanzlöcher gestopft werden.

In diesem Jahr droht sich die prekäre Finanzlage des Programms noch weiter zu verschärfen. Schuld daran ist der schwache EU-Haushalt für das Jahr 2013. Erneut waren es die Mitgliedstaaten, die sich nicht zu ausreichenden Zahlungen entschließen konnten. Der Rat spielt weiter Roulette mit dem Programm: Wenn ein Nachtragshaushalt die Finanzlücken nicht rechtzeitig füllt, drohen Kürzungen bei der Höhe der vergebenen Stipendien oder auch Ausfälle bei den Zahlungen an die nationalen Agenturen.

Erasmus ist kein Einzelfall. Auch andere EU-Programme leiden darunter, dass der Rat offenen Vertragsbruch begeht, wenn er jährlich hinter den eingegangenen Verpflichtungen zurückbleibt. Das politische Versagen der Mitgliedstaaten wiegt bei Erasmus allerdings doppelt schwer. Erasmus ist Teil der EU-2020-Strategie und damit ein Politikfeld, das die Mitgliedstaaten als Schwerpunktbereich für Zukunftsinvestitionen identifiziert haben.

Die aktuelle Krisensituation ist in vielen Ländern der EU von einer erschreckend hohen Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Der SPIEGEL sprach kürzlich von einer verlorenen Generation. Grenzüberschreitende Flexibilität und Fremdsprachenkenntnisse, aber auch die Fähigkeit, sich in einem fremden Land zurecht zu finden, wie sie von Erasmus gefördert werden, stellen für junge Menschen den zentralen Schlüssel zu einem riesigen europäischen Arbeitsmarkt dar. Erasmus ist daher Teil einer

europäischen Antwort auf die Jugendarbeitslosigkeit. Ein Rückbau von Mobilität und Austausch wäre das falsche Signal und würde die katastrophale Lage in einigen Mitgliedstaaten weiter zementieren.

Finanzdruck droht Erasmus auch von den derzeitigen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, der die Grundlagen für die jährlichen Haushalte der EU von 2014 bis 2020 festlegt. Während sich das Europäische Parlament für einen starken EU-Haushalt einsetzt, fordern zahlreiche Mitgliedstaaten dramatische Kürzungen, darunter auch Deutschland. Sie planen, bei entscheidenden Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung überproportional stark zu kürzen, während die größtenteils strukturkonservativen Fonds der Kohäsions- und Agrarpolitik im Rat von einzelnen Ländern energisch verteidigt werden. Auch Erasmus wird von diesen Kürzungen betroffen sein. Wir Grüne kämpfen gemeinsam mit Abgeordneten anderer Fraktionen gegen diese Einschnitte.

Erasmus hat große Erfolge zu verzeichnen, doch noch immer ist die grenzüberschreitende Mobilität für eine große Zahl der Bürgerinnen und Bürger ein ferner Traum. Genau darum darf Erasmus kein Privileg für Universitätsstudierende bleiben. Von grenzüberschreitendem Austausch müssen auch diejenigen profitieren können, die keinen universitären Ausbildungsweg eingeschlagen haben. Ein gutes Beispiel ist der Austausch zwischen SchülerInnen des Berufsgrundbildungsjahrs Agrar der Georgs-Anstalt, einer berufsbildenden Schule in Uelzen, mit den Niederlanden. In Vorbereitungsseminaren lernen die angehenden Landwirte Sprache und

Geschichte, aber auch die landwirtschaftlichen Besonderheiten unseres Nachbarlandes kennen und verbringen dann mehrere Wochen auf den Höfen ihrer Gastfamilien. Dort sammeln sie nicht nur beruflich wertvolle Erfahrungen. Der Blick über die Grenze und der Kontakt zu anderen Bäuerinnen und Bauern ist auch eine persönliche Bereicherung. Über die Jahre hat dies zu engen Beziehungen zwischen Familien aus beiden Ländern geführt. Zugleich tauschen sich Schulen und LehrerInnen beispielsweise über unterschiedliche Ausbildungsmethoden oder das Bild von Landwirten und der Landwirtschaft in der Gesellschaft aus. Von solchen Beispielen gegenseitigen Lernens, Kennenlernens und Verstehens brauchen wir mehr in Europa und nicht weniger.

Die aktuelle Krise fordert den Zusammenhalt und die Solidarität der europäischen Bürgerinnen und Bürger heraus. Hilfsmaßnahmen und Sparprogramme brachten Vorurteile und Nationalismen zum Vorschein, die lange überkommen schienen. Populistischen Parteien bringen in zahlreichen Ländern Bürgerinnen und Bürger gegen Europa und gegen ihre europäischen Mitbürger in Stellung. Erasmus ist eine kraftvolle Antwort auf jede Form von antieuropäischer Stimmungsmache und Nationalismus. Wer gemeinsam gelebt, gelernt, gearbeitet und studiert hat, wird sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Das Programm hat in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur Entstehung einer europäischen Identität geleistet. Das kann es auch in Zukunft tun. Dafür müssen wir es stärken und ausbauen, anstatt es finanziell auszutrocknen.

Helga Trüpel ist die Koordinatorin der Fraktion Die Grünen/EFA im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.
Rebecca Harms ist Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA.



Helga Trüpel MdEP

helga.truepel@ep.europa.eu
www.helgatruempel.de
twitter @HelgaTruepel / FB: helga.truepel



Rebecca Harms MdEP

rebecca.harms@ep.europa.eu
www.rebecca-harms.de

Ich möchte Teil einer europäischen Jugendbewegung sein!

Terry Reintke, Jan Philipp Albrecht, Ska Keller

Europa steckt noch immer in der Krise. Die Regierungen der EU verschieben nachhaltige Reformen durch blindes Sparen. Schuld daran sind die jungen Menschen zwar nicht, ausbaden müssen sie es trotzdem. Sie müssen mit den Versäumnissen der Politik von gestern und heute leben, ohne je wirklich beteiligt worden zu sein. Dabei wird die Relevanz der Jugend für Europa in zahlreichen Sonntagsreden und Kampagnen alter PolitikerInnen immer wieder beschworen. Doch es ändert sich nichts. Deshalb sagen wir: Gebt den jungen EuropäerInnen endlich das Recht und die Verantwortung, über ihre Zukunft in Europa zu entscheiden!

Junge Menschen sind mit einem integrierten Europa aufgewachsen, sie können sich kaum noch vorstellen, nach Spanien zu fahren und an der Grenze kontrolliert zu werden. Sie wollen in Polen arbeiten, in Schweden studieren und schauen bei dem und der PartnerIn nicht auf die Nationalität. Sie wollen Europa – aber richtig! Die große Mehrheit der jungen Menschen in Europa wollen eine stärker integrierte Europäische Union – selbst in Großbritannien. Doch die Politik hinkt den Strukturen und Wertevorstellungen früherer Generationen hinterher, die schlicht die Zeit zurückdrehen wollen. Damit riskieren sie die Zukunft Europas und somit die Zukunft seiner Jugend.

Damit junge Menschen entscheiden können, muss Europa demokratischer werden. Das ist anstrengend. Nach dem gescheiterten Verfassungsentwurf haben alle Angst davor, grundlegende Fragen wie die Zukunft Europas anzugehen. Besonders die älteren Menschen, denen das Europa, wie es heute ist, eigentlich ganz gut gefällt – mit seinen fehlenden Steuerharmonisierungen, seiner nicht existenten Sozialpolitik und undurchschaubaren Haushaltsregeln. Den jungen EuropäerInnen

reicht das aber nicht. Denn sie brauchen grundlegende Strukturreformen, damit Europa auch noch in fünfzig Jahren funktionieren kann.

Um diese Strukturreformen endlich zu erreichen, wollen wir die Jugend Europas durch die folgenden drei Schritte stärker einbeziehen:

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollen beschließen, das Wahlalter auf allen Ebenen – vor allem aber für das kommende Europäische Parlament – auf mindestens 16 Jahre abzusenken. Sie sollen zudem in ihren Haushalten und dem der Europäischen Union umfassende finanzielle Mittel für europäische Jugendmedien, Austauschprogramme wie Erasmus sowie freiwilliges Jugendengagement bereitstellen.

Die Europäische Kommission soll ein Jugendkomitee einsetzen, in dem alle relevanten Jugendverbände aus den Mitgliedstaaten und Europas vertreten sind, um Empfehlungen für die haushaltspolitische Prioritätensetzung der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu entwickeln. Diese Empfehlungen sollen dann in allen nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament diskutiert werden.

Das Europäische Parlament soll einen eigenen Konvent einberufen, der die Grundlagen für einen Europäischen Konvent zur Reform der Vertragsgrundlagen der Europäischen Union entwickeln soll. Dieser Konvent des Europäischen Parlaments soll aus ParlamentarierInnen, Sozialverbänden und Zivilgesellschaft aus ganz Europa zusammengesetzt sein. Ein Drittel der VertreterInnen in diesem Konvent soll unter 35 Jahren sein.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir erreichen, dass die unbewältigten Strukturreformen Europas nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern durch eine

massive Vertiefung der europäischen Integration und die frühzeitige und echte Einbeziehung der jüngeren Generationen angegangen werden. Denn die Jugend ist nicht nur Europas Zukunft - sie ist Gegenwart. Wir lassen uns nicht länger auf morgen vertrösten. Jugendbewegungen in Griechenland, Spanien und anderswo

zeigen: die europäische Jugend will mitreden, sie hat Kritik und Ideen. Wer eine Zukunft für Europa will, muss – gerade in Zeiten grundlegender Krisen – die Jugend jetzt ernsthaft einbeziehen und ihr die Möglichkeit zur Gestaltung geben.

Terry Reintke ist Ko-Sprecherin der Europäischen Grünen Jugend (Federation of Young European Greens, FYEG).
Jan Philipp Albrecht und Ska Keller sind die jüngsten deutschen Europaabgeordneten.



Terry Reintke
terry@fyeg.org
twitter @TerryReintke



Jan Philipp Albrecht MdEP
jan.albrecht@ep.europa.eu
www.janalbrecht.eu
twitter @JanAlbrecht / FB: janphilippalbrecht



Ska Keller MdEP
franziska.keller@ep.europa.eu
www.skakeller.de
twitter @SkaKeller / FB: ska.keller

Ska Keller und Terry Reintke sind Mitinitiatorinnen des Projekts „Youth in crisis“
Jan Philipp Albrecht unterstützt das Projekt: www.youthincrisis.eu.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

